

## Peso nach Freigabe abgewertet

Im Zuge einer Währungs-  
krise in ganz Südostasien ist  
der philippinische Peso stark  
abgewertet worden; Experten  
sagten als Folge eine deutliche  
Verlangsamung des  
Wirtschaftswachstums und  
eine höhere Inflation voraus.  
Um einer Spekulationswelle  
gegen den Peso Einhalt zu  
gebieten, gab die philippini-  
sche Zentralbank am 11. Juli  
den Pesokurs de facto frei; in  
den folgenden Tagen wurde  
der Peso im Verhältnis zum  
US-Dollar um 11,5 Prozent  
abgewertet. Für einen Dollar  
mußten am 14. Juli 29,75  
Peso bezahlt werden, soviel  
wie seit vier Jahren nicht  
mehr. Die Folgen: höhere  
Preise und ein teurerer  
Schuldendienst. Auslöser für  
diese Entwicklung war die Ab-  
wertung der thailändischen  
Währung zwei Wochen zuvor.  
Danach stießen Devisen-  
händler philippinische Pesos in  
großen Mengen ab, so daß die  
Zentralbank in Manila den  
Peso mit massiven Aufkäufen  
stützen mußte. Dafür gab die  
Zentralbank nach Händler-  
Schätzungen rund zwei Milli-  
arden Dollar aus, die Devi-  
senreserven sanken auf zehn

Milliarden Dollar. Auch eine  
Zinserhöhung stoppte die Ka-  
pitalflucht aus dem Peso nicht.

Nach der Pesoabwertung  
stiegen die Aktien in Manila  
um 7 Prozent. Der Internatio-  
nale Währungsfonds (IWF)  
begrüßte die Entscheidung  
Manilas und stellte 600 Mil-  
lionen Dollar Stützungskredite  
in Aussicht, außerdem werde  
der IWF wohlwollend über die  
Bitte Manilas beraten, die  
Zusammenarbeit fortzusetzen.  
Eigentlich war im Juni nach 35  
Jahren das 23. und letzte  
IWF-Programm für die Philip-  
pinen ausgelaufen. Experten  
sahen in der Währungskrise in  
Südostasien einen Beleg dafür,  
daß der Aufschwung der  
sogenannten Tigerstaaten  
gebremst ist, und machten  
dafür auch den IWF verant-  
wortlich. Alle betroffenen  
Staaten hätten sich sklavisch  
an die Vorgaben des IWF  
gehalten und ihre Währungen  
an den Dollar gebunden. Er-  
gebnis seien innenpolitische  
Probleme, strukturelle Mängel  
und ein hohes Leistungs-  
bilanzdefizit, so ein Devisenex-  
perte der Deutschen Bank.  
Ähnlich wie die USA vor drei  
Jahren nach der Pesokrise in

Mexiko durch massive Stüt-  
zungskäufe eingriffen, so sei  
nun Japan in der Verantwor-  
tung.

vgl. AFP, 14.7., rtr, 14.7., 13.7., 11.7.,  
dpa, 14.7., IPS, 9.4.97

## Menschenrechts- verletzer

Wie eine Auswertung doku-  
mentierter Fälle von Men-  
schenrechtsverletzungen der  
letzten zehn Jahre durch die  
von der Regierung ernannte  
Menschenrechtskommission  
ergab, wurden rund die Hälfte  
aller Verletzungen von der  
Polizei verübt. Weiter sei von  
13.324 Fällen für 2.792 die  
*New People's Army (NPA)*  
verantwortlich zu machen, das  
Militär für 2.397, paramilitä-  
rische Einheiten für 1.424, lo-  
kale Beamte und Regierungs-  
angestellte für 1.374 Vor-  
kommnisse. "Es ist unfair, uns  
als oberste Menschenrechts-  
verletzer hinzustellen, das ist  
ein Fehlurteil", beklagte ein  
hoher Polizeibeamter. "Man  
kann offenbar nicht verstehen,  
daß es in der Natur unserer  
Arbeit liegt, daß wir ein wenig  
rauh sind und bei Verhaftun-  
gen etwas Gewalt anwenden",  
erklärte er.

Internet 18.8.97

## Ablehnung des San-Roque-Damms

Grobe Verzerrung der öf-  
fentlichen Meinung zum San-  
Roque-Damm-Projekt in Pan-  
gasinan wird Präsident Ramos  
von den zwölf Direktoren der  
kirchlichen *Social-Action Cen-  
ters* in zwölf Provinzen auf  
Nordluzon vorgeworfen. "Wir  
wundern uns, wie der  
Präsident den Triumph so-  
zialen Managements verkün-  
den kann, wenn die Opposition  
gegen den Damm nicht ab-  
genommen hat", erklärten sie.  
Wenige Tage zuvor hatte  
Ramos den Grundstein zu  
dem Damm gelegt, der nach  
seiner geplanten Fertigstellung  
im Jahr 2004 der größte in  
Asien sein soll und weite Teile  
Luzons mit Strom und Be-  
wässerung versorgen soll.  
Eine Umfrage bei den vom  
Dammprojekt betroffenen Ge-  
meinden ergab, daß 68 Pro-  
zent der Einwohner den  
Damm ablehnten, weil sie den  
Verlust ihres Landes und  
Einkommen ebenso wie  
Schaden an der Umwelt  
fürchten.

vgl. *Philippine Daily Inquirer*

## Urlaubsparadies Boracay verseucht

Auf Boracay, Trauminsel für  
jährlich 200.000 Philippinen-  
Reisende, sind die paradiesi-  
schen Zeiten vorbei; die kleine  
Insel erstickt am eigenen  
Boom und wurde vom Um-  
weltministerium zum "disaster  
area" erklärt. Das Meer vor  
den weißen Stränden sei von  
Müll und Abwässern ver-  
seucht, wer hier bade, könne  
sich gefährliche Krankheiten  
zuziehen, heißt es in einer  
Studie des Umweltministe-  
riums, die vom Tourismusmi-  
nisterium eilig demontiert wurde.  
Laut Studie beträgt die Kon-  
zentration an Kolibakterien  
zwischen 3000 und 85.000 pro  
Milliliter; der zugelassene  
Grenzwert liegt bei 1000. Auch  
die Zahl der Cholera- und  
Typhuserreger sei erhöht,  
beim Schwimmen bestehe die  
Gefahr, sich mit Durchfall,  
Hautkrankheiten und Meningi-  
tis zu infizieren, warnte das  
Ministerium. Der Grund dafür  
liege im rasanten Ausbau der  
nur 1000 Hektar großen Insel

für den Tourismus. Nur wenige  
der mehr als 200 Ferienanla-  
gen halten sich an die seit  
1982 existierenden Umwelts-  
vorschriften. Die 10.000 stän-  
digen Bewohner Boracays  
leben in großer Armut; die  
wenigsten Haushalte verfügen  
über eine Toilette, Abwasser  
und Müll gelangen ins Meer.  
Das Umweltministerium for-  
derte eine Säuberung der Ge-  
wässer und den Bau einer  
Kläranlage. Das Tourismus-  
ministerium wurde durch diese  
Äußerungen aufgeschreckt  
und widersprach umgehend.  
Boracay sei sauber, Wind  
Strömung und Gezeiten  
reichten zur Reinigung der  
Badegebiete. Dies ließ sich  
das Ministerium gleich über  
Nacht von zwei Umweltinsti-  
tuten bestätigen. Deren Mes-  
sungen, an einem einzigen  
Tag durchgeführt, ergaben  
keinen erhöhten Wert an Ko-  
libakterien. Die Messungen  
des Umweltministeriums hin-  
gegen liefen über drei Monate.

Präsident Fidel Ramos schal-  
tete sich in den Streit um Bo-  
racay ein und brachte das  
Umweltministerium dazu, sei-  
ne Warnung als "übertrieben"  
zu bezeichnen. Ramos' Kom-  
promißformel lautet: Die Fe-  
rienanlagen auf Boracay müs-  
sen nicht geschlossen werden,  
die Urlauber aber durch ein  
Flaggensystem über den Ver-  
schmutzungsstand des Was-  
sers informiert werden. Außer-  
dem versprach Ramos den  
Bau eines Kanalsystems und  
einer Kläranlage. Zehn Jahre  
wird es dauern, so das Um-  
weltministerium, um die Um-  
weltschäden zu beheben, die  
der Tourismus dem kleinen  
Eiland beschert hat. Viele Rei-  
sende annullierten inzwischen  
ihre Reservierungen und  
buchten um auf noch unbe-  
fleckte Urlaubsparadiese.

vgl. IPS, 11.7., rtr, 8.7., 4.7.97

## Journalist ermordet

In den Philippinen ist Anfang  
Juni wieder ein Journalist er-  
mordet worden. Danny Hern-  
andez war Redakteur bei der  
größten philippinischen Bou-  
levardzeitung, "People's To-  
night" und durch seine wö-  
chentliche Kolumne "Sunday  
Punch" bekannt. Er hatte sich  
vor allem mit den Themen  
Drogenhandel und Korruption  
der Polizei beschäftigt. Der  
54jährige Hernandez wurde  
am 3. Juni in einem Taxi er-  
schossen. Die Polizei geht von  
einem Auftragsmord der Dro-  
genszene aus. Nach Auskunft  
von Kollegen hatte der Re-  
dakteur zuvor Morddrohungen  
erhalten. Zuletzt war im De-  
zember ein Radiojournalist  
ermordet worden. Auch er  
hatte zum Thema organisierte  
Kriminalität recherchiert und  
veröffentlicht. Seit dem Sturz  
des Marcos-Regimes wurden  
in den Philippinen mindestens  
32 Journalisten ermordet.

vgl. rtr, 3.6., UCAN, 6.6.97

**Der Kardinal kritisiert wieder**

Kardinal Sin hat für den 21. September zu einer Kundgebung gegen geplante Verfassungsänderungen (Wiederwahlmöglichkeit des Präsidenten) aufgerufen und zugleich die Priester des Landes aufgefordert, sich daran zu beteiligen. In einer Erklärung der Bischöfe hieß es, die Änderungen würden nur dem Machtstreben einzelner nützen, das Land sei durch das Vorhaben bereits zurückgeworfen worden, wie der Rückgang des Aktienindex und der Landeswährung zeigten.

Bereits im Juli hatte Sin Präsident Ramos kritisiert, er habe Personen in hochrangige Ämter berufen und sie trotz "Inkompetenz, Korruption und Parteilichkeit" darin belassen. Ramos führe das Land zurück in die dunkle Zeit der politischen Dynastien, der Korruption und der Scheindemokratie, er habe eine Art Militär-



**Wieder vereint: Ex-Präsidentin Aquino und Kardinal Sin scheinen hocherfreut zu sein über ihr Zusammentreffen bei Enthüllung der Ninoy-Aquino-Statue im Luneta-Park in Manila.**  
aus: Today (Makati) v. 22.8.97, S. 1

herrschaft errichtet und haben den Respekt und das Vertrauen der Menschen verloren, ur-

teilte der einflußreiche Kirchenobere.

vgl. KNA 21.8.,2.9.97

**Asiatische Höflichkeit**

Unmittelbar vor der Premiere des umstrittenen Kinofilms über Sarah Balabagan, ein philippinisches Hausmädchen, das seinen arabischen Arbeitgeber in Notwehr getötet hat und dafür selbst zum Tod verurteilt wurde, warnte der Abgeordnete Mohammad Omar Fajardo vor der Freigabe der "Sarah Balabagan Story". Der Film könne die Beziehungen der Philippinen zu vielen arabischen Staaten belasten, "damit geht es auch um Tausende unserer Landsleute in diesen Staaten", meinte Fajardo. Bereits im März war der Kinostart des Films von Präsident Ramos gestoppt worden.

vgl. dpa 15.8.97

**Waffenstillstand mit der Moro Islamic Liberation Front (MILF)**

Nachdem bereits vereinbarte Verhandlungen Ende Juni von Seiten der MILF (Moro Islamic Liberation Front) wieder abgesagt worden waren, erklärte das Militär Anfang Juli einen befristeten, einseitigen Waffenstillstand. Wenige Tage später kam es wieder zu Kämpfen und erneuten Flüchtlingsbewegungen, danach jedoch wurde ein Waffenstillstand von beiden Seiten unterzeichnet, Verhandlungen über die Details der Regelung waren für Ende Juli angesetzt. Zuvor war es immer wieder zu Kampfhandlungen gekommen, beide Parteien beschuldigten sich gegenseitig des ersten Angriffs. Wie Ali-haj Murad, Kommandeur der MILF, nach einem Vermittlungsgespräch mit Nur Misuari, Gouverneur der Autonomen Region in Mindanao und Gründer der zweiten großen muslimischen Befreiungsarmee, MNLF, sagte, sei die MILF bereit, die Gespräche mit der Regierung aufzunehmen, wenn sie für eine Normalisierung der Lage in den Provinzen Maguindanao und Nord-Cotabato

sorge. So sollten die Regierungstruppen aus dem von ihnen besetzten Hauptquartier der MILF, Camp Rajamuda, in ihre Kasernen zurückkehren, ihre Offensiven einstellen und eine Rückkehr der rund 70.000 Flüchtlinge ermöglichen. Später wandte sich die MILF gegen Pläne der Regierung, die Truppen durch Polizeikräfte zu ersetzen. Auch bis Mitte August waren die Flüchtlinge noch nicht zurückgekehrt, von ernstesten Gesundheitsproblemen in einigen Flüchtlingscamps wurde berichtet. Indes gab es Ende Juli einen neuen Entführungsfall, Opfer diesmal ein zweijähriges Mädchen, Tochter eines Händlers. Die MILF wies erneut Vorwürfe zurück, Angehörige ihrer Organisation seien in die Entführungen verwickelt. Man werde nach Kräften helfen, die Entführer zu stellen.

vgl. South China Morning Post Internet Ed. 14.8.97, Manila Bulletin 16.7., 30.7.97, PDI 11.7.97,

**Wem haben Ramos' Wirtschaftsprogramme genutzt?**

Zwei Drittel der vom bekannten Umfrageinstitut SWS (Social Weather Station) Interviewten sagten, die Programme der Ramos-Administration seien für sie persönlich, zumindest in gewissem Maß positiv gewesen. 34 Prozent der Befragten gaben zu Protokoll, sie hätten keinen Nutzen daraus gezogen.

Aus der Mittel- und Oberschicht sagten 32 Prozent, sie hätten "stark profitiert", 30 Prozent, sie hätten keinen Nutzen gehabt, aus der Gruppe der Armen waren es 20 Prozent mit starkem Nutzen und 33 ohne positiven Effekt. Statistisch gesehen sind weder geographische Unterschiede noch Streuung zwischen den sozialen Schichten sehr breit. Die Ergebnisse wurden im März und April des Jahres unter 1200 Personen ermittelt, mit der gleichen statistischen Auswahl analysiert SWS auch den Präsidentschaftswahlkampf für 1998.

vgl. Manila Standard 15.7.97

**Echter Tiger oder Stofftier?**

Das Wirtschaftswachstum der Philippinen ist im ersten Halbjahr 1997 deutlich geringer als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres ausgefallen. Nach Angaben der Regierung stieg das Bruttosozialprodukt um 5,9 % gegenüber 7,5 % im Vergleichszeitraum. Gründe für den Rückgang sind neben dem geschrumpften Exportwachstum auch die gebremste Industrieproduktion sowie die kaum gestiegenen Überweisungen der rund vier Millionen Auslands-Filipinos. In seiner Regierungserklärung Ende Juni hatte Präsident Ramos als Vergleichsrahmen zum Wachstum des Bruttosozialprodukts die Jahre 1991-92 gewählt, ebenso für Exportsteigerungen, ohne jedoch zu erwähnen, daß der Wert der Importe ansteigt. Kritiker, merkten auch an, daß die Kluft zwischen Arm und Reich immer noch immens groß sei, so verfügten die reichsten zehn Prozent der Landesbewohner über das 19,5-fache Einkommen der Ärmsten zehntausend Prozent.

vgl. dpa 28.8.97, Manila Times 30.7.97

## FVR for President und kein Ende

Auch nach der zweiten, endgültigen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gegen eine Verfassungsänderung per Plebiszit im Juni, wollen sich die Befürworter der Änderung nicht geschlagen geben. Anfang Juli hat indes auch die Wahlbehörde *Comelec* die Petition der Bürgerinitiative *PIRMA (People's Initiative for Reform, Modernization and Action)* zurückgewiesen. Ziel der Initiative ist es, die Verfassungsbestimmungen über die Begrenzung der Amtsdauer und Wiederwahl zu ändern, um so Präsident Ramos eine Wiederwahl zu ermöglichen. Als letzter Weg bleibt nun eine Verfassungsänderung durch das Parlament; zur Zeit ist umstritten, ob die beiden Parlamentskammern eine solche Änderung vornehmen dürfen

oder nur eine eigens einberufene konstituierende Versammlung. Parlamentspräsident De Venecia hat die Abgeordneten ersucht, die Frage der Verfassungsänderung in ihren Wahlkreisen zu erörtern, auch kündigte er eine landesweite Befragung durch ein Meinungsforschungsinstitut an. Tessie Aquino-Oreta, die Schwester des ermordeten Hoffnungsträgers Ninoy Aquino, rief für seinen Todestag zu einer Lichterkette gegen *PIRMA* auf, der sich auch die *PDP-Laban* anschließen will.

Manilas Kardinal Jaime Sin hat Ramos Anfang Juli gewarnt, sich um eine zweite Amtszeit zu bemühen. Aus Ramos' Partei *LAKAS-NUCD* melden sich indes immer mehr Bewerber fürs Präsidentenamt. *vgl. Manila Times 22.8., 19.8., 1.7.97*

## Manobos als Arbeitssklaven

Wachmannschaften der Holzfirma *M&S Logging Inc.* haben in Sultan Kudarat und Maguindanao auf Mindanao Angehörige verschiedener Manobo-Stämme gezwungen, ohne Entgelt Land für die Farmen der Wächter zu roden. Wie eine Untersuchungskommission vor Ort herausfand, wurden verschiedentlich Manobos auch dazu gebracht, Baumaterialien zu sammeln, Häuser zu errichten und Fischteiche anzulegen. Die meisten Manobos dort verfügten laut Untersuchungsbericht über kein eigenes Land und rodeten häufig am Rand des Firmenareals Land für ihre Felder. Die Wachmänner der Holzfirma duldeten dies, zwängen die Manobos aber im Gegezug, für ihren Bedarf

größere Flächen entgeltfrei zu roden. Wer sich dem widersetze, werde mehr oder weniger brutal eingeschüchert. So sei in einem Fall ein Lastwagen mit Dorfbewohnern über einen Abgrund gekippt worden. Unter den Passagieren soll ein Stammesältester gewesen sein, der sich dieser Sklavenarbeit entgegengestellt hatte. Die Praxis der *M&S Inc.* wird nun vom Senatskomitee für kulturelle Minderheiten und Menschenrechte untersucht. Die Firma hat nach Ablauf ihrer Konzession einen besonderen Nutzungsvertrag mit der Umweltbehörde, nach dem sie zugleich restliche Holzbestände schlagen und das Gelände für anderweitige Nutzung entwickeln kann. *vgl. Nation today, 7.5.97*

## Direkter Draht zum Militär?

In Abhöraktionen großen Umfangs soll das philippinische Militär mit Duldung der größten Telefongesellschaft des Landes, *PLDT*, die Opposition bespitzelt haben. Entsprechende Berichte sind Mitte des Monats durchgesickert, der Senat will sich nun damit beschäftigen. Verstärkt wurde der Verdacht durch Aussagen eines bei der *PLDT* beschäftigten Installateurs und aktiven Gewerkschafters. "Jedes lokale Fernsprechamt, auch in Davao und Cebu ist vom Militär infiltriert", sagte er. Er selbst sei von einem dem Militär zuarbeitenden Techniker angewiesen worden, das Telefon eines der Kriminalität Verdächtigen anzuzapfen. Auch das Büro seiner Gewerkschaft, die zur Zeit gegen zahlreiche Entlassungen bei *PLDT* kämpft, sei abgehört worden, ebenso die Privatwohnungen der Gewerkschafter.

Der frühere Oberkommandierende der Streitkräfte, Rodolfo Biazon beschuldigte den nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten, José Almonte und die nationalen Sicherheits- und Geheimdienste, für die Spitzelaktion verantwortlich zu sein.

*vgl. South China Morning Post Internet Edition 14.8.97, Manila Times 13.8.97*

## Tödliche Emissionen aus Vulkan

Rund 100 Menschen sind auf Negros durch die Emissionen des für untätig gehaltenen Vulkans "Silay" erkrankt. Dichter, nach Schwefel riechender Nebel aus dem Vulkan traf Anfang August vier Bergdörfer auf Negros und verursachte schwere Atem- und Sehstörungen. Vor allem kleine Kinder hätten unter schwerem Husten gelitten und zum Teil Blut gespuckt, ein Kind starb offiziellen Angaben zufolge.

*Vgl. AP 28.8.97*

## Blutpakt gegen Zementfabrik

Mit einem jahrhundertealten Ritual, einem Blutpakt, hat die indigene Bevölkerung von elf Stämmen auf Palawan ihre Ablehnung einer kanadischen Zementfabrik in ihrem Gebiet bekräftigt, von der sie ihr Überleben bedroht sieht.

Die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden unterstützen die Pläne der kanadischen Firma, die angeblich alle alten Waldgebiete aus dem Abbaugelände herausgenommen hat. Auch der Gouverneur von Palawan und die beiden Kongreßabgeordneten sind für die Zementgrube, die 2000 Arbeitsplätze für die Bauzeit und 500 für die Zeit des Betriebs bringen soll.

*vgl. Philippine Daily Inquirer 16.5.97*

## Tatverdächtige des Bischofsmordes

Die Anklage gegen zwei Männer, denen die Ermordung des Bischofs Benjamin de Jesus im Februar auf Jolo vorgeworfen wird, bereitet die Justiz derzeit vor. Die mutmaßlichen Mitglieder der *Abu-Sayaf*-Gruppe leugnen jede Tatbeteiligung. Der Ordensobere der Oblaten auf den Philippinen, zu denen der Ermordete gehörte, Pater Filadelfo Estrella, äußerte sich enttäuscht über die Ermittlungen. Es hielten sich "harnäckige Gerüchte", daß der Bürgermeister von Jolo in den Mordfall verwickelt sei. *vgl. KNA 29.8.97*

## Mutterschutz für Filipinas in Hongkong

Heftige Proteste bei Busineßfrauen Hongkongs löste ein geplantes Gesetz zur Verbesserung des Mutterschutzes für philippinische Hausangestellte aus. Gehüllt in Chanel- und Armani-Kostüme sammelten die Frauen Unterschriften für eine Petition gegen das Gesetz. "Ich meine, das Gesetz sollte nicht dazu benutzt werden, noch mehr schwangere Frauen nach Hongkong zu locken." Nach der Übergabe Hongkongs an China rechnen die philippinischen Migrantinnen ohnehin damit, daß sie durch billiges Personal aus der Volksrepublik ersetzt werden. *vgl. Internet 11.8.97*

## Landreform: Tauziehen um Agrarland

Mit Hilfe von Bewaffneten einer Sicherheitsfirma ließ ein ehemaliger Großgrundbesitzer in Bukidnon, Mindanao, 78 Farmer vertreiben. Bereits vor zwei Jahren wurden insgesamt 137 Farmern im Zuge der Agrarreform Landtitel auf dem früherem Besitz von Norberto Quisumbing zugesprochen. Seither warteten die Bauern darauf, Zutritt zu dem Land zu bekommen. Ein Teil von ihnen hatten die frühere Ananasplantage nun deshalb besetzt. Quisumbing hatte beim Präsidenten Widerspruch gegen die Aufteilung seines Besitzes eingelegt, dem Exekutivsekretär Ruben Torres auch stattgegeben hat. Die betroffenen Farmer haben davon angeblich nie erfahren. Der Fall ist nur einer von vielen, in denen Exekutivsekretär Torres die Entscheidungen des Landreformministeriums revidiert hat.

*vgl. Manila Times 18.7.97*

Als "Tragödie von Liebe und Schönheit" beschrieb Imelda Marcos das Leben der verstorbenen Prinzessin von Wales. Ihr Tod sei "traurig und schmerzhaft für uns Romantiker", ließ die Diktatorinwitwe wissen. *(AFP 2.9.97)*